

Genehmigt am 10. Mai 2001

Protokoll Nr. 15

Sitzung von Donnerstag, 22. März 2001, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Michael Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Jsabelle Blunsch
Christine Bosshardt
Annette Brunner
Walter Christen
Marcel Eyer
Marie-Louise Durrer
Rudolf Friedli
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Ruedi Hofer
Natalie Imboden
Urs Jaberg

Daniele Jenni
Michael Jordi
German Kalbermatten
Esther Kälin Plézer
Daniel Kast
Rudolf Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Annemarie Lehmann
Melanie Leskow
Peter Linder
Liselotte Lüscher
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Mario Marti
Irène Marti Anliker
Christoph Müller
Philippe Müller
Rosmarie Okle Zimmermann
Lydia Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Erich Ryter

Annemarie Sancar
Sabine Schärner
Doris Schneider
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Sylvia Spring Hunziker
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Max Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Catherine Weber
Thomas Weil
Kurt W. Weyermann
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Peter Bernasconi
Peter Bühler
Susanna Grundbacher

Stephan Hügli
Corinne Mathieu
Barbara Mühlheim

Ruth Rauch
Michael Straub

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet

Entschuldigt:

Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

5 Voranschlag für das Jahr 2001 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inklusive Porduktegruppenbudgets; Fortsetzung

Eintretensdebatte; Fortsetzung

Daniel Kast (CVP) für die Fraktion CVP/ARP: Die CVP/ARP-Fraktion unterstützt die Rückweisungsanträge der FDP und SVP. Wenn uns auch am FDP-Antrag die Forderung nach der Redimensionierung der Stadtgärtnerei missfällt. Die Stadtgärtnerei hat doch die Vorgaben von NSB übertroffen. Wir finden es falsch, wenn Stadtbetriebe, die vorbildlich sparen, kritisiert werden. Die Finanzprobleme der Stadt sind noch nicht gelöst. Wir haben dank des Verkaufs der Berufsschulliegenschaften im 2001 noch einmal eine Atempause bekommen. Die Aussichten für die kommenden Jahre bleiben aber nach wie vor trüb. Wir sind der Meinung, dass neben den vorgesehenen Sparanstrengungen noch erhebliche zusätzliche Sparpotentiale vorhanden sind und dies ohne dass wesentliche kulturelle und soziale Angebote gestrichen werden müssten. Bestes und aktuellstes Beispiel dafür ist, dass die Personalvorsorgekasse jetzt erst den Teuerungsausgleich selbst erwirtschaften muss. Die Tatsache, dass diese Massnahme erst jetzt, nach zehn finanzpolitisch schwierigen Jahren, getroffen wurde, zeigt, dass es noch Reform- und Restrukturierungspotential gibt. Wir fordern vom Gemeinderat weitere Sparpakete. Denn der Gemeinderat hat einen besseren Einblick in die Verwaltung als wir Stadträte. Wir hoffen, dass der neue Stadtrat im konstruktiven Dialog die bestehenden Probleme anpacken wird. Wir sind da auch bereit, unsern Beitrag zu leisten. Die Verhandlungen sollten in demokratisch legitimierten Gremien abgehalten werden, d.h. in der Finanzkommission und im Stadtrat, aber nicht an einem zweiten runden Tisch. Am zweiten runden Tisch wird die CVP nicht teilnehmen. Denn man kann auch in der FIKO oder im Stadtrat offen und konstruktiv diskutieren. Wir haben jedenfalls nichts zu verstecken.

Irène Marti Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Finanzdirektion hatte nach der Rückweisung im September 2000 nicht viel Zeit, ein neues Budget vorzulegen. Wir haben heute ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuersatz von 2.3. Die Gesamtausgaben sind wiederum gesunken; diesmal um 7.1% gegenüber dem Vorjahr. Die wichtigsten Gründe für das ausgeglichene Budget sind sicher an erster Stelle die Buchgewinne aus dem Verkauf der Berufsschulen, aber auch das Sparpaket, die Auswirkungen der Portfolioanalyse und die nach Gemeinderatsvorgaben vorgenommenen Einsparungen bei allen Direktionen. Wo die Einhaltung dieser Vorgaben nicht möglich war, was von bürgerlicher Seite stark kritisiert wurde, handelt es sich um Direktionen mit einem sehr hohen Anteil an gebundenen Ausgaben. Wir dürfen nicht vergessen, dass 70% der Ausgaben in dieser Stadt gebundene Ausgaben sind, weshalb der Spielraum zum Sparen eben eng ist. Deshalb ist der SVP-Antrag, der statt 3% sogar 4% linear einsparen will, nicht realistisch, gerade für das Budget 2001. Wenn schon hätte er im Herbst gestellt werden sollen. Aber ihn jetzt anzubringen, entspricht nicht der seriösen Art zu politisieren. Es ist interessant, wie der Gemeinderat versuchte, in jenen Bereichen zu sparen, in denen es sich nicht um gebundene Ausgaben handelte. Das Beispiel der Stadt- und Universitätsbibliothek eignet sich sehr gut, um aufzuzeigen, wie widersprüchlich die bürgerliche Finanzpolitik plötzlich ist. Denn gerade der StUB-Beitrag ist freiwillig und nicht gebunden. Und deshalb wollte der Gemeinderat dort sparen. Finanzpolitisch ist eine solche Kürzung bestimmt sinnvoll, bildungs- und kulturpolitisch aber ist die ganze Sache schon ein bisschen diffiziler.

Denn die Stadt- und Universitätsbibliothek ist für die ganze Stadt und Region eine sehr wichtige Institution. Aber die Berichterstattung darüber, dass bei solchen Institutionen jetzt gekürzt wird und das Geld für notwendige Dinge nicht mehr vorhanden ist, das könnte vielleicht namhaften Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auch in den falschen Hals kommen. Dies an die bürgerliche Adresse: Man geht nicht in eine Stadt wohnen, die derartige Institutionen nicht mehr unterstützt. Ihr wollt jetzt aber hier trotzdem den Beitrag für die StUB sprechen. Damit sieht man die Widersprüchlichkeit und die Schwierigkeiten, wenn es dann darum geht, konkrete Massnahmen umzusetzen. Ende März hat die Verwaltung noch kein genehmigtes Budget. Die Auflagen der Rückweisung vom letzten Herbst konnten erfüllt werden. Aus unserer Sicht ist es nötig, dass die Verwaltung jetzt ein Budget bekommt. Es gibt in diesem Moment keinen Anlass für eine Rückweisung. Zudem hätte eine Rückweisung die sofortige Überführung zum Kanton zur Folge. Damit würde das Budget der Volksabstimmung entzogen. Die Rückweisung von seiten des Freisinns dient dazu, beim Personal eine Verunsicherung herbeizuführen und verhindert Weiterentwicklungen in verschiedenen Bereichen. Dass die Freisinnigen eine Finanzstrategie erzielen wollen, damit sind wir einverstanden. Wir finden auch, dass wir über eine Finanzstrategie des Gemeinderats, über ein Gesamtpaket müssen diskutieren können. Für uns ist aber die Rückweisung nicht richtig. Zudem beinhaltet sie Punkte, die wir sicher nicht unterschreiben würden. Etwa die Privatisierung der Stadtgärtnerei, die schon oft hier erörtert worden ist, aber nie mehrheitsfähig war. Es ist nicht nötig, das bei jeder Budgetdebatte wieder auszugraben. Auch die Liegenschaftsverwaltung und das Stadtplanungsamt sollen ja noch daran glauben müssen. Noch eine kleine Bemerkung: Wir sind der Meinung, dass ein Rückweisungsantrag zu einem Budget, ja ein Budget überhaupt eine sehr ernsthafte Sache ist. Mit dem Rückweisungspunkt, der sich auf das Logo bezieht, wird man der geforderten Ernsthaftigkeit der Angelegenheit also nicht gerecht. Solche Dinge erweisen der Sache an sich immer nur einen „Bärendienst“. Wir werden uns in der Detailberatung zu den einzelnen Anträgen wieder zu Wort melden. Vorläufig bitten wir den Rat auf das Budget einzutreten und den Rückweisungsantrag des Freisinns abzulehnen.

Michael Jordi (GB) für die Fraktion GB, JA!, GPB: Adrian Haas, die Stadt Bern ist nicht eine luxuriöse Villawohnung, sondern eher eine durchschnittliche Dreieinzelzimmerwohnung, in der vier Personen wohnen und die sich an einer mässig befahrenen Strasse befindet etc. Ich versuchte schon am Anfang zu erklären, dass die Dienstleistungen und das Angebot der Stadt Bern dem schweizerischen Durchschnitt einer Grossstadt entspricht. Dann sagte er auch, dass der Steuersatz aus FDP-Sicht niemals erhöht werden könne. Eine solch apodiktische Aussage bewahrt einem Kompromiss bezüglich einer Budgetdebatte nur so wenig Spielraum, dass sie an der Stadtratsfähigkeit der FDP zweifeln lässt. Noch eine kleine Nachhilfestunde bzw. -bemerkung für Margrit Thomet betreffend die Fuss- und Veloinitiative: Es war eine politische Mehrheit, ein Volksentscheid, der sich hier für die Aufwendung von 4 Mio. Franken ausgesprochen hat. Das kann man zwar bedauern, aber bestimmt nicht dem Gemeinderat oder der Stadtratsmehrheit anlasten. Man kann für das Budget viele Bilder heranziehen: „Atempause“, „Ruhe vor dem Sturm“, „eine Schwalbe macht noch keinen Frühling“ oder sec „der Auftrag ist erfüllt“. Die Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik, ihr Team und der Gemeinderat sind also, trotz der turbulenten Nachwahlzeiten, ihrem Auftrag nachgekommen. Das Budget ist in Ordnung. Es beinhaltet noch einmal ausserordentliche Einnahmen von 60 Mio. Franken. Wir sind aber auch in einer ausserordentlichen Situation, denn es betrifft das letzte Jahr ohne FILAG-Kompensation, d.h. also minus 27 Mio. Franken, die wir nicht haben. Und zudem das zweite Jahr mit Steuergesetzeseinbussen von 32 Mio. Franken. Was plus/minus den 60 Mio. Franken an Einnahmeausfällen entspricht, die wir bei den Berufsschulen einmalig wieder reinholen. Der Stadtrat, hat jetzt also die Aufgabe gewisse Übersteuerungen und politische Korrekturen zu machen ohne vom Grundsatz eines ausgegli-

chenen Budgets abzuweichen. Unsere Fraktion hat auch entsprechende Anträge gestellt und gleichzeitig gesagt, wie die Kompensationserträge verbucht werden sollten. Der Rückweisungsantrag der FDP ist systemwidrig. Er verkoppelt ein Jahresbudget mit langfristig wirksamen Vorschlägen. Wenn man einmal vom besonders phantasievollen Logovorschlag absieht, der die Stadt sicher mehr kosten würde. Was die FDP beim Rückzug der Stadt aus der Finanzierung der StUB kritisiert, praktiziert sie mit ihrem Rückweisungsantrag gerade selbst. Der überhastete Rückzug aus städtischen Aufgaben mit personellen Konsequenzen, die noch überhaupt nicht absehbar sind. Der tiefere Grund für diese Rückweisung dürfte an einem andern Ort liegen. Rein zeitlich ist es nicht mehr möglich, ein zurückgewiesenes Budget innerhalb der im Gemeindegesetz Art. 77 vorgeschriebenen Frist bis zum 30. Juni zur Abstimmung zu bringen. Nachher macht dann der Kanton das Budget. Das ist „schlitzohrig“ oder ganz einfach „plump“. Die FDP will also die Gemeindeverantwortung, die letztlich beim Volk liegt, freiwillig dem Kanton abgeben. Eine Absicht, die doch einigermaßen erstaunt, wenn man an die Gemeindeordnungsdebatte denkt, in der das Recht der Stimmbevölkerung über das Budget abzustimmen bekräftigt worden ist. Dieser Rückweisungsantrag ist nicht nur aus systematischen oder inhaltlichen, sondern auch aus demokratiepolitischen Überlegungen abzulehnen. Ein letztes Wort noch zur Erfüllung der Sparvorgaben von 3%: Wie aus der Zusammenstellung der Finanzdirektion an die FIKO ersichtlich ist, haben nicht alle Direktionen zu gleichen Teilen diese Vorgaben erfüllt. Ich möchte keine Noten verteilen, denn es gibt gute Gründe für ein zeitlich gestaffeltes Vorgehen. Es fällt einfach auf, dass auch die Direktionen unter SVP- und FDP-Leitung, die jetzt von ihren Parteien zu noch grösseren Pauschalkürzungen aufgefordert werden, ihr Soll nicht erfüllt haben. Die Polizeidirektion mit einer schlichten Verweigerung und die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion zumindest mit einer differenzierteren Begründung. Soviel zur parteiabgestimmten Konsequenz.

Einzelvoten

Beat Schori (SVP): Ich möchte nur auf Bemerkungen einzelner Votantinnen und Votanten antworten. Ueli Stückelberger hat gesagt, wir müssten bezüglich Fuss- und Veloinitiative dem Volkswillen Folge leisten. Ich mahne, dass man ihn dann aber auch überall einhält und erinnert an den Schiessplatz Riedbach, bei dem die GFL die SP-Motion unterstützt hatte. Zudem ist es auch immer wieder ein Volkswille, der sich gegen eine Steuererhöhung stellt, was man auch respektieren sollte. Irène Marti meinte, unser Antrag mit den 4% sei unseriös. Aber man darf fragen, ob unser Antrag oder der Vorschlag des Gemeinderats seriöser ist? Bezüglich StUB und der freiwilligen Beiträge an diese gibt es meines Wissens und meinen Abklärungen zufolge einen Vertrag, der per Ende 2003 ausläuft. Und einen Vertrag sollte man einhalten, damit man seine Glaubwürdigkeit behält. Weiter tendieren wir nicht wie von anderer Seite gefordert auf eine Finanzstrategie, sondern eher auf einen Sanierungsplan. Zur Nachhilfestunde, die uns Herr Jordi bezüglich des Zeitplanes und der Fristen geliefert hat, sagen wir, dass wir uns sehr gefreut hätten, wäre das Budget nach der ersten Rückweisung früher wieder ins Parlament gekommen. Es fragt sich, wer das Zeitspiel gespielt hat. Wir sind der Meinung, der Gemeinderat hat es vor den Wahlen nicht gewagt, auf das heikle Thema einzugehen. Dann meinen wir weiter, dass das Budget nur dank der genannten ausserordentlichen Einnahmen ausgeglichen ist und der Gemeinderat deshalb seine Hausaufgaben nicht genügend erledigt hat. Ich gehe davon aus, dass man die Ausgaben den ordentlichen Einnahmen anpassen sollte. Ausserordentliche Einnahmen würden besser in Schulhausrenovationen oder in den Abbau des Verlustvortrages investiert. Wir sind deshalb der Meinung, dass da bei diesen 3% noch etwas mehr drin liegen würde. Hier schonen wir unsere Gemeinderätin nicht. Aber wenigstens hat sie die plausibleren Ausreden als andere. Trotzdem sind wir für eine

Gleichbehandlung aller Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, egal welcher Partei sie angehören.

Adrian Haas (FDP): Erstens nur noch ganz kurz zur Frage Regierungsrat/Rückweisungsantrag: Ursprünglich wollte man dieses Budget offenbar im Januar unterbreiten. Aus unerfindlichen Gründen liegt es aber erst jetzt vor. Wir sind deshalb bestimmt nicht für eine allfällige Verzögerung verantwortlich. Zweitens ist es denkbar, dass ein Regierungsrat ebenfalls eine Fristverlängerung gewährt.

Therese Frösch, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Bei der Behandlung des Finanzplanes habe ich bereits zur Finanzsituation Stellung bezogen. Hier nochmals herzlichen Dank an die Finanzkommissionspräsidentin, Frau Suter, für ihre zügige Schilderung der Vorgänge in der FIKO. Zur Rückweisung möchte ich mich nicht gross äussern. Ich bin ja nicht Juristin wie Herr Haas und andere. Ohne die Berücksichtigung der ausserordentlichen Beiträge war es nicht möglich, die Rückweisungsauflagen zu erfüllen und ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wir sind zudem weiterhin dabei, Sparprogramme umzusetzen. Wir haben uns gesagt, wenn es sowieso auf das gleiche rauskommt, ob im Februar oder im Juni, dann lieber der Juni, dann sparen wir nämlich wieder gut 100'000 Franken. Natürlich wird es Reklamationen geben, weil man zu wenig Blut vom Sparen sieht. Aber die Auflage des Ausgleichs haben wir erfüllt. Auf den Januar hat es nicht gereicht. Da hätten wir eine extra Abstimmung ansetzen müssen. Zu Stephan Hügli: Eine Rückweisung gibt Ruhe zum Sparen. Wenn es um die Ruhe geht, die wir seit 8 Jahren haben, dann „Dankeschön“. Wir sparen seit 8 Jahren. Das waren 8 Sparpakete, sprich 200 Mio. Franken und davon 150 Mio. Haushaltsverbesserungen. Wir haben ständig Ruhe mit ein bis zwei Budgets manchmal mit einer kantonalen Intervention, die wir dann auch noch selber zahlen, obwohl die nicht viel mehr herausfinden, als wir selber schon gesehen haben. Man muss sich also eine Rückweisung gut überlegen. Wir haben die Auflagen erfüllt. Betrachten wir was andere machen: Zürich hat z.B. einen tollen Abschluss mit 150. Mio. Franken Finanzvermögen oder aufgewerteten Liegenschaften. Womit sie ihre Schuld von über einer Mrd. abzahlen begonnen haben. Bei uns stellt sich die Frage, ob wir jetzt die rund 60 Millionen für den altrechtlich aufgelaufenen Bilanzfehlbetrag verwenden sollten. Doch das brauchen wir nicht zu tun, da wir den Modus mit den 20 Millionen mit dem Kanton geregelt haben. Sonst hätten wir in dieser kurzen Zeit wieder einen Neurechtlichen erzeugt. Wir verwenden solche Einnahmen also, anders als Zürich und wie es andere Unternehmen in den heutigen Zeiten ebenfalls tun, nicht für aufgelaufene Schulden. Es soll ja nicht vorgegaukelt werden, man könne damit nachhaltig sparen, sondern vorübergehend Löcher stopfen; da sind wir doch ehrlicher und jede und jeder sollte gesehen haben, dass es nun mal so ist. Die Probe, ob wir den Finanzhaushalt effektiv im Rahmen des neuen Gemeindegesetzes gestalten können, steht noch vor uns. Aber nicht nur vor uns sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, sondern vor dem gesamten Stadtrat. Dazu gehören Überlegungen, wie bereits in der ersten Sitzungshälfte ausgeführt, dass wir einem Kanton, der jetzt einen wunderbaren Rechnungsabschluss macht, nicht freiwillig 5 Millionen gemäss dem sog. Schröpfgesetz geben. Wenn uns so etwas privat geschähe, würden wir aufspringen und es als die grösste Ungerechtigkeit bezeichnen. Man muss die Situation einfach mit einem umfassenden Blick betrachten. Ich bin einverstanden – und jetzt komme ich auf die Periode 2002 –, dass wir ein Paket haben, das ausgabenseitige Massnahmen enthält. Der Gemeinderat hat die Daten für das Budget 2002 terminiert und er wird sich sicher mit einem 9. Sparpaket herumschlagen. Wir arbeiten also in diese Richtung, wollen aber die Verwaltung nicht aufhalten mit unsinnigen Rückweisungen, die uns direkt in die Arme des Kantons treiben. Das Sparpaket Nr. 9 mit ausgabenseitigen Massnahmen werden wir dann vorlegen. Zudem werden wir weiterhin einnahmenseitig für Dinge die rechtens sind kämpfen, und gegen

die genannte Unterstützung von unserer Seite für einen Kanton, der schwarze Zahlen schreibt. Nach den Sommerferien können wir dann sicher zusammen über die Periode 2002 reden. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Denn er ist ineffektiv, ineffizient etc. Der Clou ist noch das Logo, das eigentlich nicht einmal budgetiert ist und die Seriosität dieser Vorschläge verrät. Geben Sie den Weg frei, dass wir das Budget im Juni reibungslos durchbringen.

Beschluss

Mit 39 zu 32 Stimmen wird der Rückweisungsantrag der FDP abgelehnt und damit dem Eintreten statt gegeben.

Beschlüsse

1. Mit 68 Stimmen ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung wird die Steueranlage von 2.3 gutgeheissen.
2. Mit 70 Stimmen ohne Gegenstimmen wird die ordentliche Liegenschaftssteuer von 1.5 Promille und die erhöhte von 3.0 Promille einstimmig angenommen.
3. Mit 67 Stimmen ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen wird die Beleuchtungssteuer von 0.125 Promille genehmigt.
4. Mit 58 zu 2 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird die Hundetaxe von 100 Franken gutgeheissen.

Detailberatung des Voranschlages

Katharina Suter (FDP) zu den Änderungen der Finanzkommission: Der Ombudsmann kann seine geplante Weiterbildung nicht machen. Die GPK als zuständiges Organ lehnt den Vorschlag des Ombudsmanns ab, die nicht beanspruchten Mittel von 6000 Franken zur Aufstockung des Beitrages an den Table round der europäischen Ombudsstellen zu verwenden. Sie empfiehlt die Position 021.3090.00 S. 11 um 6000 Franken zu kürzen. Dieser Kürzung hat die FIKO mit 6 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen zugestimmt. Sie empfiehlt dem Stadtrat es ihr gleich zu tun.

Beschluss

Mit 50 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Kürzung des Budgetpostens 021.3090.00 um 6000 Franken zugestimmt.

Therese Frösch, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Die Annuitätenzahlungen sind ja bekanntlich zurückgewiesen worden. Gemäss Rückweisung werde ich dann aber zeigen, wie die ca. 70 Millionen dann noch zu finanzieren sind. Der betreffende Posten ist in diesem Sinne also beschlossen. Zur Erklärung: Der Buchgewinn des Verkaufs des Eisstadions Allmend und die Erhöhung der Gewinnsteuer aufgrund der Rechnungsergebnisse machen am Schluss Kompensationen von 1.6 Millionen aus. So erhalten wir ein ausgeglichenes Budget.

Auf eine Frage von Adrian Haas erwidert die Gemeinderätin: Nur unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat Ja sagt. Die FIKO stimmte einstimmig bei 2 Enthaltungen zu, eigentlich ein gutes Resultat. Aber man kann immer wieder überrascht werden, wie einfach im Rat ein Defizit entsteht.

Michael Jordi (GB): Wir haben einen Antrag gestellt, der später bei den Kompensationsverrechnungen/Steuereinnahmen juristische Personen behandelt wird. Ich möchte nicht, dass man diesen Punkt jetzt abstimmt und ihn im Paket der Kompensationen bereits verabschiedet, sondern dass am Schluss des gesamten Budgets die allfälligen Kompensationen unter dem Konto noch vorgenommen werden. Deshalb möchte ich nicht über den Punkt Einnahmen juristische Personen abstimmen lassen.

Katharina Suter (FDP) für die Finanzkommission: Bei der Position 210.1.3180.00, S. 25 Honorar und Entschädigungen beantragt der Finanzverwalter eine zusätzliche Budgetierung von 60'000 Franken, da der Gemeinderat die Vorlage Mattensperre verabschiedet hat, die ohne diesen Beitrag für Markierungsmassnahmen, Absperrungen und Infokampagne nicht realisiert werden könnte. Die Aufnahme zusätzlicher 60'000 Franken ist in der FIKO einstimmig beschlossen worden.

Beschluss

Mit 43 zu 12 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird den zusätzlichen 60'000 Franken unter Budgetposition 210.1.3180.00 zugestimmt.

Katharina Suter (FDP) für die Finanzkommission: Die Position 610.3650.14, S. 72 wird dahingehend begründet, dass die Zahl der erteilten Rechtsauskünfte vom Gewerkschaftsbund trotz besserer Wirtschafts- und Beschäftigungslage immer noch sehr hoch ist. Durch die Auskünfte würde die städtische Amtsstelle entlastet. Weiter sei zu bemerken, dass der Gemeinderatsbeitrag trotz aufgelaufener Teuerung seit 1983 unverändert 6000 Franken betragen hat. Eine Kürzung von 1000 Franken wäre kaum mehr zu verkraften. Mit 8 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung hat die FIKO dieser Erhöhung um 1000 Franken zugestimmt.

Beat Schori (SVP): Sollten nicht jene, die einer Gewerkschaft angehören und deswegen in der jetzigen Abstimmung befangen sind, in den Ausstand treten?

Walter Christen (SP): Nein, Katharina Suter hat das hier alles gut und klar dargelegt. Es ist tatsächlich so, dass der Gewerkschaftsbund hier eine wichtige Aufgabe übernimmt und z.B. ältere Menschen in AHV-Fragen, bezüglich Ergänzungsleistungen und anderem mehr berät. Er trägt somit wesentlich dazu bei, dass nicht alle auf Amtsstellen gehen. Herr Schori, ich bin Demokrat und werde hier bestimmt nicht in den Ausstand treten. So etwas ist nirgends festgehalten.

Beschluss

Mit 38 zu 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Erhöhung des Budgetbetrages unter 610.3650.14 um 1000 Franken beschlossen.

Antrag FDP-Fraktion und GFL/EVP-Fraktion und GB, JA!, GPB-Fraktion:

405.3650.83/84 Beitrag an die Stadt- und Universitätsbibliothek Bern (inkl. Stiftung
Schweizerische Osteuropa-Bibliothek) + 436 500.00 Neu: 936 500.00

Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Umwelt und Integration: Seit der Vertragskündigung mit der StUB im September ist viel Wasser die Aare runter geflossen. Aber nicht nur das, sondern die Vertragskündigung und die Reduktion um 120'000 Franken für die Jahre 2001, 2002 und 2003 haben zu einem regen Schriftverkehr der Stadt mit Kanton und Burgergemeinde geführt.

Der Entscheid hat grosse Entrüstung und viel Unverständnis hervorgerufen. Mir ist es sehr wichtig, hier zu betonen, dass der Gemeinderat in der StUB eine sehr wichtige bildungspolitische Institution sieht. Er hat mit seinem Entscheid im September keineswegs die Institution StUB mindern, noch ein solches Signal senden wollen. Mit der Vertragskündigung hat der Gemeinderat seine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen wollen. Es ist klar, dass er sich da nicht nur auf die Verwaltung konzentriert, sondern auch Beiträge an Dritte miteinbeziehen muss. Wir alle wissen, im kulturellen Leben der Stadt Bern läuft nur etwas, wenn die Stadt, die Burgergemeinde und der Kanton gemeinsam an einem Strick ziehen. Der Gemeinderat wollte auch keineswegs die Burgergemeinde, den Kanton oder die StUB, welche die Leidtragende ist, verärgern oder vor den Kopf stossen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass für die Finanzierung der StUB eine langfristige Lösung gefunden wird. Er hat deshalb seit der Vertragskündigung im Herbst auch Schritte in diese Richtung unternommen. Zu Herrn Schori muss ich sagen, dass der Vertrag mit der Stiftung StUB einen Beitrag von jährlich 120'000 Franken vorsieht. Die Juristinnen und Juristen streiten sich darüber, ob der höhere Beitrag, der bis anhin erfolgte, rechtlich zwingend ist. Wir sind einfach der Meinung, dass die 120'000 Franken unserer vertraglichen Pflicht entsprechen. Der Gemeinderat hat nun aber die 120'000 Franken, die er ursprünglich für 2001, 2002, 2003 – so lange wie die Kündigungsfrist anhält – zahlen wollte, im Voranschlag von sich aus auf 500'000 Franken erhöht. Das war ein erstes Zeichen von Seiten des Gemeinderats, dass er gewillt ist, wirklich eine StUB-verträgliche Lösung zu finden und die gute Partnerschaft mit der Burgergemeinde und dem Kanton nicht aufs Spiel zu setzen. In der Zwischenzeit haben erste Verhandlungen stattgefunden. Eine weitere Verhandlungsrunde mit Kanton, Burgergemeinde, Vertretung der StUB und der Stadt Bern wird am 10. Mai stattfinden. Nach dieser weiteren Verhandlungsrunde wird sich dann eine sicher StUB-verträgliche Lösung abzeichnen. Aus diesem Grund, damit der StUB, dem Kanton und der Burgergemeinde genügend Zeit zur Lösungsfindung eingeräumt wird, stellt der Gemeinderat den Antrag, den Betrag an die StUB auf 750'000 Franken zu erhöhen. Der Gemeinderat hat zudem ein weiteres Zeichen gesetzt, das dem Kanton und der Burgergemeinde ein grosses Anliegen ist. Er hat am letzten Mittwoch die Absicht geäußert – formell ist sie noch nicht beschlossen – weiterhin bei der StUB mitzumachen. Dazu ist der finanzielle Beitrag an die StUB für nach 2003 noch nicht festgelegt. Wir möchten einen geordneten schrittweisen Abbau der Beiträge an die StUB im Einvernehmen mit den beteiligten Partnerinnen und Partnern. Damit hoffen wir, dass die StUB ihren Auftrag im Bibliothekswesen erfüllen kann. Ich bitte also die Fraktionen FDP, GFL/EVP und GB, JA!, GPB ihren Antrag zu Gunsten desjenigen des Gemeinderats zurückzuziehen und den 750'000 Franken zuzustimmen. Ich verspreche dem Rat, dass wir eine allen Seiten dienliche Lösung finden werden.

Verena Furrer (GFL): Im Gegensatz zum letzten Herbst, als das alles hier ein wenig anders getönt hat und der Gemeinderat an der Kündigung des Vertrages festgehalten hat, liegt heute ein Antrag vor, der in die richtige Richtung weist und zwar in eine, die wir mit der damaligen Interpellation anstrebten. Wir haben damals schon betont, dass wir die Sparbemühungen des Gemeinderats unterstützen, obwohl sie teilweise schon schmerzliche Bereiche zu tangieren begannen. Aber mit dem Vorgehen waren wir nie einverstanden. Wir können nicht, ohne vorherige Absprachen, in einer so kurzen Frist ein Vertragsverhältnis aufkündigen. Hier haben wir also einen neuen Antrag von Seiten des Gemeinderats. Er tönt relativ klar und verbindlich. Doch möchte ich bitten, dass wir ein kurzes Time out erhalten, damit die am Antrag beteiligten Fraktionen sich kurz besprechen können.

- Dem Antrag auf eine kurze Pause wird statt gegeben. -

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB, JA!, GPB: Wir haben den Vorschlag des Gemeinderats auf 750'000 Franken an die Stadt- und Universitätsbibliothek inkl. Osteuropabibliothek zur Kenntnis genommen. Es ist kein arithmetischer, sondern ein politischer Kompromiss. Wir können in Absprache mit den andern Antragstellenden diesen Kompromiss als Lösung anschauen. Er zeigt zum einen das Bekenntnis aller Parteien dazu, dass die Stadt- und Universitätsbibliothek eine wichtige Aufgabe in der Stadt Bern wahrnimmt und sie ein wichtiger kultur- und bildungspolitischer Pfeiler unserer Stadt ist. Zum andern war es wichtig, dass die StUB selbst ihre Stimme erhoben hat und damit zeigte, dass sie auf die Beiträge der Stadt angewiesen ist. Das Grüne Bündnis hat damals als einzige oder als erste Partei in der Finanzkommission den Antrag gestellt, den Beitrag nicht zu kürzen. Wir haben hier also nun mit diesem Kompromiss einen gangbaren Weg erhalten.

Urs Jaberg (FDP) für die Fraktion FDP: Einleitend möchte ich Frau Marti Anliker, die der FDP in diesem Geschäft widersprüchliches Verhalten vorgeworfen hat, etwas entgegenhalten. Es ist keineswegs widersprüchlich und auch kein „Salto mortale rückwärts“, wenn man einen Verstoss gegen Treu und Glauben nicht mittragen will. In der Art und Weise, wie sich hier der Gemeinderat aus einer zugegebenermassen schwierigen, unklar umschriebenen Verpflichtung zurückziehen wollte, war für uns eindeutig ein Verstoss gegen Treu und Glauben. Es ist eine Frage des Anstandes, sich hier korrekt zu verhalten. Wir haben nun mit dem gemeinderätlichen Kompromissvorschlag von Frau Olibet eine neue Situation. Wir haben in der FDP-Fraktion darüber diskutiert und sind bereit, den Kompromiss mitzutragen. Das bedeutet, dass wir den Antrag auf Erhöhung auf 936'500 Franken zurückziehen. Allerdings hier gerade noch eine Frage: Es ist doch immer noch so, dass wir ein ausgeglichenes Budget vorweisen müssen. Jetzt erhöhen wir das Budget aber um 250'000 Franken. Wo findet der Budgetausgleich statt?

Verena Furrer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich denke für uns ist der Fall StUB nicht einfach „der Fall StUB“, sondern ein Präzedenzfall dafür, wie sich der Gemeinderat und die Stadt in Zukunft als Kooperationspartnerin innerhalb anderer Partnerschaften verhält. Die Stadt muss in solchen Verträgen weiterhin als verlässliche Partnerin wahrgenommen werden. Wir erwarten ja auf der andern Seite auch, dass andere Vertragspartner – etwa der Kanton beispielsweise in Sachen Regionalbibliothek – als verlässliche Partner in Erscheinung treten. In diesem Sinne sind wir gerne bereit dem Kompromissantrag zuzustimmen. Es handelt sich für uns um einen gangbaren Weg in die richtige Richtung und wir ziehen deshalb unsern Antrag zurück.

Irène Marti Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Gemeinderatsantrag auch.

Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Umwelt und Integration: Ich möchte noch etwas zur Ehrenrettung des Gemeinderats loswerden. Der Regierungsrat hat in seinem Beschluss den Gemeinderat aufgefordert, alle nicht rechtlich gebundenen Beiträge zu reduzieren. Ich habe vorhin Herrn Schori gesagt, dass mit den 120'000 Franken, die als feste Zahl im Vertrag stehen, dem nachgekommen würde. Die Leidtragende dieser Empfehlung war dann leider die StUB. Zu dem Zeitpunkt, als der Antrag in der FIKO war, hat die genannte erste Verhandlungsrunde noch nicht stattgefunden. Weshalb der Gemeinderat damals auch noch keine Schritte unternehmen konnte. Denn solche Verhandlungen werden ja schliesslich abseits der Öffentlichkeit geführt. Spricht nun der Stadtrat diese 750'000 Franken, was ich nicht bezweifle, dann wird sich der Gemeinderat in der kommenden Verhandlungsrunde dafür einsetzen,

dass auch der Kanton und die Burgergemeinde ebenfalls in die gleiche Richtung gehen. So dass die Situation der StUB für das bereits laufende Jahr nicht schlimmer wird.

Therese Frösch, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik zum Votum von Urs Jaberg: Es ist so, dass wir gesamthaft bei den Juristischen Personen noch darauf zu sprechen kommen werden. Wir nehmen es beim Steuerertrag, bei der Juristischen Person und der Gewinnsteuer. Gegenüber dem Voranschlag 2000 haben wir bei der Rechnung 2000 7.3 Millionen mehr eingenommen. Deshalb ist der Budgetausgleich, auch wenn man die Konjunktur betrachtet, abgesichert.

Beschluss

Mit 62 Stimmen ohne Gegenstimme bei 8 Enthaltungen stimmt der Rat dem Betrag von 750'000 Franken unter Budgetposten 405.3650.83/84 zu.

Antrag Fraktion GB, JA!, GPB:

Konto	Bezeichnung	Betrag
350.3652.01	Spitex	+175'000 (Aufwand)
394		+87'500 (Ertrag)

Michael Jordi (GB) zum Antrag der Fraktion GB, JA!, GPB: Diese Anträge sind in der Finanzkommission jeweils knapp abgelehnt worden. Es geht hier bei der Spitex um folgendes Problem. Wenn man Sparmassnahmen beschliesst, sind dann nicht einfach einzelne Bereiche auszuschliessen. Ja, würden wir dieser Argumentation folgen, dann könnten wir hier als Stadträte unsern Dienst quittieren. Denn gerade wir haben die Pflicht in Bereichen, bei denen nach unserer Sicht die Globalsteuerung nicht funktioniert, einzugreifen. Für mich ist nun die Spitex eben ein zentraler Bereich, bei dem man korrigieren muss. Die Spitex hat, obwohl ihr Bedeutungsgrad momentan ansteigt, keine gute Lobby. Wir sind in einer Situation, in der die neu gegründete Spitex Bern mit strukturellen Führungsproblemen zu kämpfen hatte, die aber jetzt mit der Zeit bereinigt sein werden. Auf der Einnahmeseite musste die Spitex wegen Tarifrägen einen riesigen Aderlass erleiden. Das Personal hat seit Jahren keine Lohnaufbesserung erhalten. Sie haben im Gegensatz zum Stadtberner Personal nicht einmal den Teuerungsausgleich bekommen. Auch der Kanton hat dafür seit letztem Jahr 1.2%, die auch wir nun hier fordern, vorgesehen. Zufällig hat mir letzte Woche eine Gewerkschaftskollegin, die vormals im Elfenaupark arbeitete mitgeteilt, dass sie sich bei Spitex Bern beworben habe, dafür aber für die gleiche Arbeit als diplomierte Krankenschwester nun pro Monat 600 Franken weniger bekommen wird. Unter solchen Bedingungen ist die Spitex Bern einfach nicht konkurrenzfähig. Unser Antrag hat auf der Aufwandseite den Betrag von 175'000 Franken und auf der Ertragsseite verbucht er, das, was buchhalterisch nach dem Lastenausgleich vom Kanton kommt. Rein faktisch ist es so, dass die Stadt Bern dann also nur 16'000 dieser 175'000 Franken zahlen muss. Der Antrag liegt so vor, weil es buchhalterisch gegenüber dem Kanton so gemacht wird. Die effektiven Nettokosten, die unter dem Strich für die Stadt Bern entstehen werden, betragen 16'000 Franken, die für die Attraktivierung dieses wichtigen Teiles der Stadt Bern gerechtfertigt sind.

Irène Marti Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion hat diesen Antrag diskutiert und ist zum folgenden Schluss gekommen. Weil momentan neue kantonale Ansätze beraten werden, sind wir der Meinung, dass die Stadt diese neuen Ansätze übernehmen muss und sich sofort in deren Verhandlung einklinken soll. Denn es ist problematisch die Spitex aus dem gesamten Altersbereich herausgelöst zu betrachten. Ich rede jetzt z.B. vom SAB, bei dem das nicht gelten würde. Ja, es führte zur Schaffung zweier Kategorien im Altersbereich.

Wir glauben die neuen Ansätze werden auch für die Angestellten eine tatsächliche Verbesserung bringen. Wir finden zudem, dass der Leistungsvertrag, der mit Spitex gemacht wird, in den Stadtrat kommen muss. So können wir ebenfalls in diesem wichtigen Thema mitverhandeln und die Anstellungsbedingungen diskutieren.

Ursula Begert, Direktorin für Soziale Sicherheit: Der Gemeinderat bittet, diesem Antrag nicht stattzugeben. Ich bin froh über das Votum von Frau Marti. Der Abteilungsleiter des Alters- und Versicherungsamts ist anwesend und hat den Auftrag zu Verhandlungen mit dem Kanton jetzt direkt vom Parlament erhalten. Es ist ja klar, wir probieren immer, am Ball zu bleiben. Wir haben mit der Spitex einen Leistungsvertrag und der ist abgeschlossen. Man kann also, wenn man nun diesen Betrag spricht, nicht während der Vertragsdauer laufend Änderungen vornehmen. Wir haben keine Teuerungsanpassungsklausel in diesem Leistungsvertrag, trotzdem sind wir daran, eine gute Lösung zu finden. Ich erinnere daran, wie verlangt wurde, dass wir im Spitexbereich zu GAV-Verträgen kommen. Es sind Teuerungsanpassungen oder Besserstellungen bei den Löhnen im Gang, wobei das die Sache dieses Vereines ist, bei der wir nicht reinreden wollen. Es geht hier dann auch mehr um den Ausgleich von Ungerechtigkeiten. Das tiefe Niveau der Spitexlöhne ist uns bewusst und wir wissen, dass da was zu machen wäre. Hinzu kommt noch, dass der Bund in Zukunft der Spitex weniger Geld zur Verfügung stellen wird. Das werden wir der Spitex bestimmt nicht einfach überbürden können, weshalb wir dann ohnehin für die Spitexleistungen mehr Geld zur Verfügung stellen müssen. Deshalb bitte ich, dem Antrag nicht zu zustimmen und uns vorerst die Verhandlungen zu überlassen. Im nächsten Budget wird es dann einen höheren Beitrag für Spitexleistungen haben. Ich bin froh, gehört zu haben – und nehme nicht an, es sei nur die Meinung von GFL – dass von der Stadt erwartet wird, für ihre subventionierten Betriebe ein verlässlicher Partner zu sein.

Beschluss

Mit 40 zu 10 Stimmen bei 18 Enthaltungen werden die beiden Anträge der Fraktion GB, JA!, GPB betreffend Spitex abgelehnt.

Produktegruppenbudgets

Béatrice Stucki (SP), für die Geschäftsprüfungskommission: Um den Ablauf der Budgetdebatte etwas rationeller zu gestalten hat die GPK letztes Jahr beschlossen, dass das Präsidium alle Budgets der Piloten im Rat vertritt und vorstellt. Die Eintretensdebatte hat bereits im August letzten Jahres stattgefunden. Diskutiert wurden dort beispielsweise die Definitionen der Zielsetzungen. Haben sich die einen Kommissionsmitglieder daran gestossen, dass die Zielsetzungen bei den meisten Piloten gleich blieben und es sich bei den neuen Budgets nur um eine Fortschreibung handle, so haben andere darauf hingewiesen, dass eben eigentlich nach NSB-Grundsätzen das Parlament die Grundsätze festlegen sollte. Weiter wurde bemängelt, dass zwar der eigentliche Output einer Abteilung aus den Ergebnissen nicht erkennbar, zugleich aber eine Outputsteuerung gar nicht möglich sei. Letztlich habe die Stadt Aufgaben des Gemeinwesens zu erfüllen, die ihr teilweise vom übergeordneten Gesetz vorgeschrieben werden. Das Eintreten auf das Produktegruppenbudget 2001 ist nicht bestritten worden. Nun zur Detailberatung: Nachdem die erste Fassung des Budgets im Herbst 2000 nicht behandelt werden konnte, haben GPK und FIKO die überarbeiteten Budgets der zweiten Fassung am 12. März beraten. Ich werde nicht alle Zahlen sondern jeweils nur die Kosten und den Dekungsgrad der einzelnen Produktegruppen erwähnen. Bei den Informatikdiensten sieht der Voranschlag einen Nettoerlös von 153'820 Franken vor, was einen Kostendeckungsbeitrag

von 102.3% ergibt. Der Verkauf von Dienstleistungen an Dritte wäre für die Informatikdienste sehr wohl möglich, würde aber ein aktives Marketing ausserhalb der Stadtverwaltung bedingen. Dies ist zeitlich schwer möglich, trotzdem nimmt die Stadt jede Gelegenheit wahr, ihre Informatikdienstleistungen auch anderen Gemeinden anzubieten. Dieses Budget wird von GPK/FIKO einstimmig zur Annahme empfohlen. Zur Berufsfeuerwehr: Dieser Voranschlag sieht bei einem Kostendeckungsgrad von 19% Nettokosten 11'778'580 Franken vor. Problematisch für die Berufsfeuerwehr ist, dass sie viele Kosten nicht den Verursachenden weiter verrechnen kann, da diese sehr oft gar nicht bekannt sind. Mit den Gemeinden Bremgarten und Köniz konnten für Leistungen der Stadtberner Feuerwehr Verträge abgeschlossen werden. Verhandlungen mit andern Gemeinden sind im Gang. Auch dieses Budget wird von der GPK/FIKO einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Das Budget vom Jugendamt sieht Nettokosten von 32'152'000 Franken bei einem Kostendeckungsgrad von 17.3% vor. Die Kürzungen der zweiten Fassung sind nicht linear sondern differenziert nach Bereichen vorgenommen worden. Die Kürzungen treffen hier zu zwei Drittel einen Bereich, der eigentlich von Jahr zu Jahr wachsen sollte, wie die Zahlen ja belegen. Es geht da um das externe Familienbetreuungsangebot. Ein Antrag von Michael Jordi, Vertreter der Fraktion GB, JA!, GPB in der FIKO, die Produktegruppe familienexterne Tagesbetreuung von Kindern um 65'000 Franken zu erhöhen ist von den Kommissionen knapp mit 11 zu 9 Stimmen abgelehnt worden. Dieses Budget wird von der GPK/FIKO mit 14 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Genehmigung empfohlen. Zum Gesundheitsdienst: Der Voranschlag sieht Kosten von 2'690'000 Franken bei einem Deckungsgrad von 21.4% vor. Die Sparelemente in diesem Bereich sind gering, weshalb vorwiegend bei den Weiterbildungskosten und beim Sachaufwand gespart werden musste. Die Referentin von diesem Pilot stellte einen Antrag zum Produkt Gesundheitsförderung im Vorschulalter, worunter die Mütter- und Väterberatung fällt. Demnach sollen die Bruttokosten dieser Beratung um 88'000 auf 444'000 Franken erhöht werden und – ich zitiere – *die Eigenleistungen sind bei diesem Produkt auf ein vernünftiges Mass zu senken*. Für die Früherkennung und damit für die Prävention sei eine Unterstützung dieses niederschweligen Angebotes absolut notwendig. Dieser Antrag ist sehr knapp mit 9 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt worden. Die GPK/FIKO empfiehlt das Budget des Gesundheitsdienstes mit 18 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu genehmigen. Nun zur Stadtgärtnerei: Dieser Voranschlag sieht Nettokosten von 15 Mio. Franken vor; dies bei einem Deckungsgrad von 35.4%. Die GPK/FIKO hat mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass das Budget der Stadtgärtnerei gegenüber der ersten Fassung die Overheadkosten nicht mehr im Produktgruppenbudget aufgenommen hat. Der Umstand, dass die Anzahl an Nischenarbeitsplätzen von 10 auf 8 gesenkt wurden, hat zu Kritik geführt. Die Direktion begründet diesen Schritt mit allgemein rückläufigen Personalressourcen, denn Sie wissen, Menschen, die nicht voll einsetzbar sind, bedingen einen höheren Führungsaufwand. In der früheren Fassung war ein Antrag von Michael Straub mit 9 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt worden. Dieser forderte, dass der Baumaufwand jährlich von 15 auf 25 Bäume zu erhöhen wäre. Die Ablehnung der Direktion gründete darauf, dass die Baumpflanzungen immer im Rahmen von Detailplanungen vorgesehen werden und auf Planungen von Strassen- und Tiefbau abgestimmt sind. Deshalb sei eine Erhöhung wie vorgeschlagen nicht möglich. Die GPK/FIKO empfiehlt euch dieses Budget einstimmig ebenfalls zur Genehmigung. Zur Schul- und Büromaterialzentrale: Dieser Voranschlag sieht einen Nettoerlös von 14'600 Franken vor. Das ergibt einen Kostendeckungsgrad von 100.1%. Der Umsatzrückgang in diesem Budget ist vor allem auf den Übergang der Berufsschulen an den Kanton zurückzuführen. Weiter kauft die SVB ihren Treibstoff selbständig ein, was früher bei einem sehr geringen Aufwand einen recht hohen Umsatz von ca. 250'000 Franken brachte. Dieses Budget wird einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Den Voranschlag vom Strasseninspektorat teilen wir auf in zwei Gruppen. Zum einen ohne die Abfallbewirtschaftung, dort gibt es Nettokosten von 5.6 Mio. Franken bei einem Deckungsgrad von

84.6%. Die Produktgruppe Abfuhrwesen sieht einen Nettoerlös von 274'000 Franken vor, was einen Deckungsgrad von 101.7% ergibt. Die Trennung dieser Produktgruppe hat vorgenommen werden müssen, da das Abfuhrwesen durch Gebühren finanziert wird und somit ausgeglichen zu sein hat. Die Abfallbewirtschaftung gilt deshalb als Sonderrechnung. Auch dieses Budget wird von der GPK/FIKO einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Kurz andiskutiert wurde auch die Frage nach der Aufteilung Bonus/Malus. Beide Kommissionen nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass für die notwendige Klärung eigens eine Arbeitsgruppe gebildet worden ist. Es ist anzunehmen, dass wir in diesem Zusammenhang bei der Rechnung wieder auf diese Problematik zu sprechen kommen werden. Sie können meinen Ausführungen entnehmen, dass von der GPK/FIKO keine Änderungen vorgenommen worden sind. Sie empfiehlt euch einstimmig diese vorliegende zweite Fassung des Produktgruppenbudgets anzunehmen.

Antrag Fraktion GB, JA!, GPB:

Konto	Bezeichnung	Betrag
S. 33 Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung	Die Produktgruppen-Bruttokosten und -Nettokosten sowie die Brutto- und Nettokosten des Produktes Tagesbetreuung für Kinder im Vorschulalter in städtischen Krippen sind anzupassen.	+65'000

Michael Jordi (GB) zum Antrag der Fraktion GB, JA!, GPB: Wir haben diesen Antrag eigentlich nicht im Bewusstsein dessen gestellt, dass er durch eidgenössische Beschlüsse an Aktualität gewinnen wird. Dort geht es sogar um 100 Mio. für familienexterne Kinderbetreuung. Wir rühren da in einer etwas kleineren Suppe, sprich 65'000 Franken. Es handelt sich hier um den Betrag, der seit dem letzten Budget gekürzt wurde. Dass wir in diesem speziellen Bereich einen Antrag stellen, zielt nicht auf die Schaffung besonderer Privilegien, sondern der Druck im betreffenden Bereich ist dort momentan am grössten. Wir beschliessen mit diesem Budget gleichzeitig eine Erhöhung der Betreuungsplätze um 10 Plätze, ohne dass dies personelle Konsequenzen hätte. So ging es schon in den letzten Jahren. Es sind, mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten und einer teilweisen Kompensation von Stellen, die Produktivität und der Betreuungsschlüssel von Betreuten pro Person erhöht worden. Es ist legitim, wenn man hier in diesem familienexternen Betreuungsbereich dieses kleine Zeichen für das Personal, das so seine Arbeit in genügender Qualität erledigen kann, setzt. Ich bitte, dem Erhöhungsbeitrag zuzustimmen.

Irène Marti Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist heute schon viel über die Verlässlichkeit der Stadt Bern im Umgang mit Partnerinnen und Partnern gesprochen worden. Auf Seite 34 der Produktgruppenbudget steht, dass bei der städtischen Kinderkrippe der Auslastungsgrad von 1999 bei 99.44% liegt. Diese Krippen werden also gebraucht und neue Plätze werden bereit gestellt. Und da drauf hat man nun also noch eine Sparmassnahme getan. Also kostenneutral neue Leistungen bestellen und dann gleichzeitig noch sparen wollen! Das geht doch nicht. Das ist den dort arbeitstätigen Personen gegenüber und auch den Kindern gegenüber nicht anständig. Denn was passiert jetzt: Betriebsferien infolge Budgetkürzungen. Man schliesst im Sommer einfach alle Krippen während einer Woche: Zwangsferien. Es ist aber so, dass viele Eltern – gerade noch allein Erziehende – ihre Ferien dann nicht gerade in der betreffenden Woche nehmen können. Das gibt für sie ein riesiges Betreuungsproblem. Normalerweise ist es garantiert, dass die Krippen in den Schulferienzeiten offen bleiben. Wenn man selbst in die Ferien geht, dann nimmt man die Kinder einfach aus den Krippen. Das ist sparen auf dem Buckel der Kleinsten! Was passiert mit ihnen in der Woche, in der sie nicht betreut sind? Das gibt grosse Probleme und ist nicht gerechtfertigt. Man spart hier ja schon indem man mehr Leistung zum gleichen Preis anbietet. Aber diese Sparmassnahme noch

dazu ist nicht zu verantworten. Wir bitten, dem Antrag der Fraktion GB, JA!, GPB wirklich zuzustimmen.

Ursula Begert, Direktorin für Soziale Sicherheit: Es ist für mich hier schon ein bisschen komisch, mich gegen Geld, das man mir anbieten will, zu wehren. Zwar eine eigenartige Situation, aber auch hier möchte ich bitten, auf diesen Antrag nicht einzutreten. Es stimmt natürlich überhaupt nicht, dass wir in Notfällen nicht doch für eine Betreuung der Kinder sorgen. Und wenn man es lange im voraus weiss – den Eltern ist es bekannt gegeben worden – dass wir im Sommer eine Woche die Krippen schliessen, kann man sich selbständig einrichten. Es haben alle Leute Ferien und in allen Betrieben wird auf Familien mit Kindern Rücksicht genommen, so dass sie ihre Ferien in den Schulferien nehmen können. Wenn es mir auch nicht sonderlich gefallen hat und es sich um einen Dienstleistungsabbau handelt, so ist es trotzdem verantwortbar. Dort wo echte Notfälle entstehen, haben wir auch Möglichkeiten ein Kind z.B. in einem Tagi unterzubringen. Denn in den Ferien sind die Tagesplätze sowieso nicht alle bis auf den letzten Rest besetzt. Es ist einfach störend, wenn ein einziger Bereich ausgenommen wird. Die haben sich nun zwar gewehrt. Für die andern, die dies nicht taten, ist es auch nicht einfach. Uns wird so jede Möglichkeit, ein wenig zu steuern, aus der Hand genommen. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn einfach jene Recht erhalten, die sich am meisten zur Wehr setzen. Wir hatten den Auftrag, überall diese 3%-Kürzung einzuhalten. Und in der Krippe waren es aber, da man Rücksicht nahm auf die zusätzlich bestellten Produkte, nur 1.5%. Es wird nicht mehr jedes Jahr möglich sein, zum Nulltarif zusätzliche Plätze zu schaffen. Es war ein einmaliger Effort, diese 10 Plätze in der städtischen Krippe und 10 in der subventionierten Krippe ohne weitere Mittel einzurichten. Ich werde, da Sie ohne jeglichen Protest letztes oder vorletztes Mal einen Vorstoss Olibet zur Verdoppelung der Krippenplätze überwiesen haben, im nächsten Budget entsprechend doppelt so viele Krippenplätze beantragen. Ich versuche auch beim Bund so viel wie möglich von dem Geld für die Schaffung von Krippenplätzen zu holen. Wir sind dabei zusammen mit der Wirtschaft und den Arbeitgeberverbänden eine Tagung zum Thema der gemeinsamen Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen vorzubereiten. Wir unternehmen also alle Anstrengungen, um die Betreuungssituation zu verbessern. Es ist auch gegenüber den Tagesheimen oder -stätten für Schulkinder nicht gerecht – auch die mussten sich einschränken und auch dort gibt es Wartelisten –, einfach einem andern Bereich mehr zu geben. Zudem kann ich doch nicht hinter das zurücktreten, was wir mit den Eltern abgemacht haben, denn sonst mache ich sie dann noch echt wütend. Treten Sie nicht auf das zusätzliche Wiederaufstocken des Budgets ein, aber sprechen Sie beim nächsten Mal den Kredit, um mehr Krippenplätze zu schaffen.

Beschluss

Mit 35 zu 36 Stimmen wird der Antrag der Fraktion GB, JA!, GPB zur Wiederaufstockung um 65'000 Franken des Budgetpostens 330.3010.00 im NRM S.34 abgelehnt.

Antrag der SP Fraktion:

Zum Produkte-Gruppen-Budget 2001, Gesundheitsdienst, Produktgruppe Gesundheitsförderung, Produkt Gesundheitsförderung im Vorschulalter (Mütter- und Väterberatung), S. 56: Die Bruttokosten des Gesundheitsdienstes sind um 88'000 Fr. (eine 100% Stelle) zu erhöhen. Die Erhöhung ist für das Produkt Gesundheitsförderung im Vorschulalter (Mütter- und Väterberatung) zu verwenden. Die Eigenleistungen sind bei diesem notwendigerweise niederschwelligen Angebot auf ein realistisches Mass zu senken.

Liselotte Lüscher (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir haben ein Problem mit dem Antrag für die Mütter- und Väterberatung. Der ehrenamtliche Vorstand des Vereines, der Träger dieses Angebotes ist, lehnt die zusätzlich geforderte Stelle ab. Warum? Man hat dort zu recht Angst vor den Eigenleistungen von 20%. Das wäre zusätzlich ein Fünftel dieser 88'000 Franken, die für die neue Stelle erbracht werden müssten. Der Vorstand, der jetzt diese neue Stelle ablehnt, hat, um die geforderte Eigenleistung zu erbringen, 217 Stunden eingesetzt um Sponsoringelder zu suchen und zwar ehrenamtlich. Dabei sind lächerliche 9000 Franken reingekommen. Diese Summe steht also in keinem Verhältnis zum Aufwand. Kein Wunder, dass der Vereinsvorstand Angst hat vor wiederkehrendem, stundenlangem und erfolglosem Betteln bei städtischen Unternehmen. Mit diesem Problem wird offenbar nicht argumentiert. Man denkt es gehe ja gut, die Mütter- und Väterberatung brauche keine weitere Stelle. Da ist die Leiterin des Gesundheitsdienstes, Frau Ackermann, welche die Stelle seit 1999 betreut, ganz anderer Meinung. Sie findet eine weitere Stelle sei dringend nötig. Unsere stadtbernische Stelle hat für rund 1250 Geburten pro Jahr 370'000 Franken. Eine andere Gemeinde hat bei der Hälfte der Geburten praktisch gleich viel Geld wie wir zur Verfügung. Eine weitere mit rund 850 Geburten kann dafür über 500'000 Franken verfügen. Bei der Begründung des Antrages steht auch, dass wir massiv unter der Empfehlung der Pro Juventute liegen. Es ist eine Tatsache, dass die Schwestern auf der städtischen Stelle total am Limit arbeiten, um mit diesem Geld überhaupt auszukommen. Sie sind absolut an der oberen Grenze der noch möglichen Effizienz. Das macht sich dann jeweils bemerkbar, wenn jemand für längere Zeit ausfällt. Dann bricht die ganz Organisation zusammen, da niemand auf Reserve vorhanden ist. Auffallend ist auch, dass die Hausbesuche bei Risikogruppen deutlich tiefer liegen als in andern Gemeinden. Das ist für die Prävention in der Stadt schlecht. Mir scheint es selbstverständlich, dass dieser Verein nicht noch mehr Eigenleistungen erbringen kann und muss. Es wäre übrigens mal an der Zeit, durchzusetzen, dass die ehrenamtliche Arbeit als Eigenleistung gezählt wird; dies gerade im Jahr der Freiwilligen Arbeit. Auf kantonaler Ebene müsste dazu dringend mal ein Vorstoss unternommen werden. Ebenso klar ist, dass die einmalige Eintrittsgebühr für die Beratungen von 20 Franken nicht erhöht werden kann. Denn auch diese 20 Franken können nicht alle Eltern zahlen. Wer die Diskussion im Nationalrat etwas verfolgt hat, weiss, dass es sich hier nicht um irgendwelche Phantasien handelt. Dieses Angebot muss niederschwellig bleiben. Wir wollen nicht reparieren, sondern vorsorgen. Auf die begründete Angst des Vorstandes geht der letzte Satz des Antrages ein, der lautet: *Die Eigenleistungen sind bei diesem notwendigerweise niederschwelligen Angebot auf ein realistisches Mass zu senken*. Wenn wir diese 88'000 Franken beschliessen, dann auch diesen Satz. Womit dem Vorstand die Ängste genommen werden könnten. Ergänzen kann ich noch, dass über den Lastenausgleich 50% dieses zusätzlich gesprochenen Geldes wieder zurückkommt. Es sind dann nur noch 44'000 Franken, welche die Stadt Bern zahlen müsste. Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Annemarie Lehmann (FDP) für die Fraktion FDP: Die FDP beantragt diesen Betrag nicht ins Budget aufzunehmen. Dies deshalb, weil weder das Beratungsteam noch der Verein das Geld brauchen, geschweige denn eine weitere Stelle beantragt haben. Wenn sich die SP die Mühe gemacht hätte mit den Betroffenen zu reden, hätte sie diesen Antrag heute auch nicht so gestellt. Wir konnten ja am Votum von Liselotte Lüscher hören, wie sie es uns mit „wohl“ oder „wahrscheinlich“ dargelegt hat, dass sie keine Rücksprache mit dem Team genommen hatte. Es hat nie ein Gespräch stattgefunden, noch ist der Verein über den heute gestellten Antrag informiert worden. Erst gestern Nacht hat Frau Ackermann vom Gesundheitsdienst der Präsidentin einen Fax zum Thema geschickt. Offenbar wurde dieser Antrag ausschliesslich auf die nackten statistischen Daten gestützt gemacht. Und das ist in diesem Fall hier schlicht nicht seriös. Es ist zwar richtig, dass die Beratungsleistungen der städtischen Mütter- und Väterberatung unter dem Durchschnitt und unter den Empfehlungen der Pro Juventute liegen, aber

das Team ist dennoch überzeugt, dass es den von der städtischen Bevölkerung geforderten Leistungen weiterhin optimal gerecht wird. Es liegt auch keine Überforderung vor, die mit einer zusätzlichen Stelle kompensiert werden sollte. Wenn es einen längeren Ausfall gibt, ist das in jedem Team ein Problem. Die Stellvertretungsschwestern haben vielleicht prozentual etwas Mühe, aber die Organisation ist deswegen noch nie zusammengebrochen. Dass in der Stadt Bern mehr Kinder pro Betreuungsperson betreut werden, liegt an der Bevölkerungsdichte; an der Organisation – es gibt da keine aufgezwungenen Pausen, weil der Laden halt immer voll ist; und darin, dass es keine Fahrzeiten der Schwestern gibt, die ihre Leistungen an verschiedenen Orten erbringen müssten. So kann bedeutend effizienter beraten werden. Die Schwestern haben in den letzten Jahren professionell an ihrer Arbeitsstruktur gearbeitet. Sie konnten ihre Leerzeiten und Doppelspurigkeiten ausmerzen. Damit sind sie überzeugt eine optimale Leistung zu erbringen. Die zusätzliche Stelle würde mit sich bringen, dass die gesamte Organisation neu erarbeitet werden müsste. Neben der Einarbeitung durch sicherlich mindestens zwei Schwestern, wäre die Neueinteilung dieser Beratungsquartiere mit Unruhe für die bestehenden Vertrauensverhältnisse verbunden. Diese Unruhe hatte das Beratungsteam in den letzten 10 Jahren zur Genüge. Eine Erhöhung der Subvention würde auch bedeuten, dass mehr Leistungen erbracht werden müssten, was aber mangels Nachfrage gar nicht möglich wäre. Einfach langsamer arbeiten, ist nicht ohne weiteres eine Qualitätssteigerung. Gemäss den Zahlen, die Frau Ackermann vorliegen, liegt der Zufriedenheitsgrad bei 93.7%. Zudem werden jetzt schon 80% der Neugeborenen betreut, was erfahrungsgemäss gar nicht überboten werden kann. Für den Verein, respektive den Vorstand, wäre diese zusätzliche Subvention geradezu wie ein „Schuss in den Rücken“. Dem Verein gelang es bis heute ohne Vermögen und in einem Bereich, in dem wirklich nicht viel Lobbying herrscht, die Subventionsbedingungen knapp zu erfüllen. Wir haben, da wir wussten wie schwierig es ist, bereits eine Interpellation eingereicht, die Liselotte Lüscher angeregt hat. Sie hat das Thema Eigenleistungen und ehrenamtliche Tätigkeit und wird hoffentlich nächstens beantwortet. Für den Verein würde das bedeuten, da sie die Eigenmittel prozentual zur Subvention erarbeiten müssen, dass sie wegen der beantragten Erhöhung der städtischen Mittel den Vorgaben des Subventionsvertrages nicht mehr nachkommen könnten. Bis ins Jahr 2003 müssen 20% selbst erwirtschaftet werden, damit es noch überhaupt im Lastenausgleich bleiben kann. Mit einer Verminderung des Eigenfinanzierungsgrades, wie vorgeschlagen wird, würde das mit den heutigen Vorgaben bedeuten, dass die Stadt ab 2003 die gesamte Subvention übernehmen müsste. Dies würde die Rechnung mit über 400'000 Franken belasten. Ich bin überzeugt, dass heute diese beantragte Summe, gerade weil sie von den Betroffenen ausdrücklich nicht gewünscht wird, absolut keinen Sinn macht. Ich bitte den Rat diesen Antrag abzulehnen.

Liselotte Lüscher (SP): Ich habe zwar nicht mit dem Vorstand, jedoch mit der vorgesetzten Stelle, der Leiterin des Gesundheitsdienstes, gesprochen. Ich habe meine Informationen von dort. Statistische Daten sind nicht immer falsch.

Ueli Stückelberger (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich kann es vorwegnehmen, dass mir das Anliegen von Liselotte Lüscher sehr sympathisch ist. Doch ein grosser Teil unserer Fraktion hat Mühe mit dem Zeitpunkt des Antrages. Wir sehen diesen Antrag heute zum ersten Mal und deswegen finden wir das nicht ganz seriös. Uns fehlt eine Stellungnahme des Gemeinderats und eine Stellungnahme des Vereinsvorstandes. Wir wollen wissen, ob da überhaupt ein Bedürfnis besteht, da die Ansichten dazu hier so weit auseinander gehen. Es ist aber auch falsch, wenn wir in einem NSB-Produkt so steuern, dass es eine Stelle mehr erhält. Richtig wäre, wenn wir einen Indikator setzen würden: was ist heute schlecht, was wollen wir mit diesem Mehrbetrag, wie ist die Situation heute, gibt es Wartelisten oder abgewiesene Eltern? Das letzte würde für mich heissen, dass wir eine weitere Stelle brauchen würden. Damit wür-

den wir das Produkt neu definieren und nicht einfach ein bisschen mehr Geld rein tun ohne zu wissen was damit passiert. Wir müssen lernen, in NSB-Gedanken zu steuern. Der Antrag müsste auch konkreter sein. Es ist ein bisschen ungenau, einfach zu sagen, die Eigenleistung sei in einem realistischen Mass zu senken. Und weil das Anliegen sehr sympathisch ist, würde ich vorschlagen aus dem Antrag ein Postulat zu machen. Damit würden wir die Stellungnahme des Gemeinderats und der betreffenden Stelle erhalten. Eine andere Alternative wäre, diesen Antrag rechtzeitig für das Budget 2002 zu stellen. So können der Vereinsvorstand und der Gemeinderat ebenfalls Stellung beziehen und man wird eine Lösung finden. Doch heute sind noch zu viele Fragen offen, als dass wir dem Antrag zustimmen könnten.

Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Umwelt und Integration: Zuerst möchte ich klar festhalten, dass für den Gemeinderat die Väter- und Mütterberatung ein ganz wichtiges und zentrales präventives Angebot ist. Eines, das eine einzigartige Niederschwelligkeit hat als Projekt in diesem Bereich. Bevor ich nun zur Stellungnahme des Gemeinderats komme, gehe ich auf Argumente von Annemarie Lehmann ein. Sie sagt, dass weder das Beratungsteam, noch der Verein dieses Geld brauchen würden. Oder sie müssten noch mehr Pausen machen, wenn sie mehr Geld hätten. Tatsache ist, dass die Schwestern der Beratungsstelle heute viel weniger Zeit für Hausbesuche haben, was Liselotte Lüscher bereits erwähnt hatte. Denn gerade das ist zeitaufwendig. Annemarie Lehmann sagt, dass weder Team noch Vorstand das Geld haben wollen und Liselotte Lüscher bezieht sich auf Informationen von Frau Ackermann. Ich muss hier klar die Leiterin des Gesundheitsdienstes in Schutz nehmen. Am 19. September 2000 fand eine Vorstandssitzung statt, deren Protokoll liegt mir vor, an der gegenüber dem Vorstand angetönt wurde, dass sich Stadträtin Lüscher für die Belange der Väter- und Mütterberatung interessiere und zusätzliche Mittel für den Verein erwirken wolle. Es heisst im Protokoll, dass der Vorstand diese Entwicklung begrüsse, aber er befürchtet eine Eigengoal. Denn müsste er bei dieser Summe Eigenleistungen von 20% erbringen, ist das schlicht nicht erfüllbar. Wegen diesem „aber“ hatte ich schon in der Kommission gemischte Gefühle. Ich wollte zeigen, dass weder Frau Ackermann, noch Frau Lüscher da irgendwelchen Phantasiegebilden gefolgt sind, sondern sich klar an Äusserungen dieses Protokolls orientiert haben. Wenn jetzt andere Aussagen dieser Vereinspräsidentin vorliegen, dann liegt das in der Angst begründet, dass sie noch mehr Stunden als für die 9000 Franken aufwenden müssten. Man hat in gutem Treu und Glauben davon ausgehen können, dass diese Äusserung vom 19. September auch heisst, dass es eine Entlastung brauchen würde, was die Zahlen ebenfalls zeigen. Die Zahlen sind sehr eindeutig, die Stadt Bern hat vergleichsweise eine sehr hohe Beratungsquote. Und Ueli Stückelberger, bei der Mütter- und Väterbetreuung gibt es keine Warteliste. Die kommen einfach vorbei, man muss sich da nicht anmelden. Je mehr dann kommen, desto weniger Zeit bleibt pro einzelne Beratung übrig und Hausbesuche können kaum oder nur reduziert unternommen werden. Jetzt zur Stellungnahme des Gemeinderats: der Gemeinderat lehnt diesen Antrag ab. Nicht weil er diese Beratungszahlen toll findet. Er lehnt ihn aus finanziellen Gründen ab und ich bitte den Rat, dasselbe zu tun.

Beschluss

Der Antrag auf Erhöhung der Bruttokosten unter NRM-Posten S. 45 411.3660.00 um 88'000 Franken wird vom Stadtrat mit 35 zu 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Fraktion GB, JA!, GPB:

Konto	Bezeichnung	Betrag
630.4002.00	Erhöhung Gewinnsteuern Jur. Personen aufgrund Rechnungsergebnis 2000	Anpassung an Differenzbetrag Budget

Michael Jordi (GB) zum Antrag der Fraktion GB, JA!, GPB: Die Korrekturen, die der Stadtrat heute vorgenommen hat, erfordern für ein ausgeglichenes Budget noch Kompensationen. Hier schlägt der Gemeinderat die Aufnahme der Annuitätenzahlungen vor, da wird die Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik selbst darauf eingehen. Wir schlagen vor, auf der andern Seite die Erhöhung der Gewinnsteuer bei juristischen Personen entsprechend auf den neuen, jetzt mit dem Finanzverwalter abgesicherten Betrag von 1'710'000 Franken anzupassen. Diese Rechnung ist legitimierbar aufgrund der Rechnung 2000, bei der die Erträge bei den juristischen Personen gegenüber den Budgetierungen des letzten und des laufenden Jahres massiv gestiegen sind. Deshalb liegt dieser Betrag mehr als im Streubereich der Prognostizierbarkeit dieses Einnahmepostens. Deshalb bitte ich darum, der Erhöhung diese Postens zuzustimmen.

Therese Frösch, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Ich möchte kurz bestätigen. Die detaillierte Einzelbudgetierung der Annuitätenzahlungen, die ihr ja abgelehnt hattet, hat eine kleine Korrektur ergeben. Das verbessert das Resultat ein wenig. Per Saldo ist die Gewinnsteuer von juristischen Personen, auf S. 76 im Budget, um einen Betrag von 110'000 Franken auf die bereits bestehenden 1'600'000 Franken, welche die FIKO bestimmt hatte, zu erhöhen. Das ergäbe dann die 1'710'000 Franken.

Beschluss

Mit 39 zu 27 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Erhöhung der Gewinnsteuer der juristischen Personen auf 1'710'000 Franken zugestimmt.

Antrag der SVP/JSVP-Fraktion:

Der Gemeinderat soll die Globalsparvorgabe für alle Direktionen von 3% auf 4% erhöhen. Sie muss von allen Direktionen eingehalten werden.

Beat Schori (SVP) zum Antrag der Fraktion SVP/JSVP: Wir haben uns schon in der Eintretensdebatte dafür ausgesprochen. Wir sind der Meinung, dass die Ausgaben noch nicht den ordentlichen Einnahmen angepasst sind, weshalb der Spardruck erhöht werden muss. Weiter will ich mich nicht wiederholen. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Therese Frösch, Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik: Dieser Antrag der Fraktion SVP/JSVP kommt einem Rückweisungsantrag gleich. Wir können gesetzlich die Schlussabstimmung, heute oder nächste Woche, nur dann vornehmen, wenn wir genau sagen können auf welchen Posten dieses zusätzliche Prozent eingespart wird. Dazu sind wir schlichtweg nicht in der Lage. Ich weise darauf hin, dass wir im Herbst eine Rückweisung hatten, dieser Antrag damals offenbar aber nicht vorlag. Nun scheinen Sie aufgrund des von uns vorgeschlagenen Massnahmenpaketes, noch etwas „draufbuttern“ zu wollen. Das geht aber nicht. Wir sind an die Zeiten gebunden.

Beschluss

Mit 41 zu 24 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag auf Erhöhung der Globalsparvorgabe von 3% auf 4% abgelehnt.

Schlussabstimmung über den Vorschlag 2001

Stadtratspräsident *Christoph Stalder*: Die Finanzverwaltung hat gerechnet und nach den heute gefassten Beschlüssen beträgt der Aufwand 1'094'501'690 Franken, bei einem gleich hohen Ertrag von ebenfalls 1'094'501'690 Franken.

Beschluss

Mit 38 zu 18 Stimmen bei 13 Enthaltungen stimmt der Stadtrat dem Voranschlag 2001 zu.

- Die Beratungen zu Traktandum 5 über die Abstimmungsbotschaft werden in der nächsten Sitzung fortgesetzt. -

Eingänge

Es werden zwei Motionen und zwei Interpellationen eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, nämlich:

Motion Fraktion GB, JA!, GPB (Peter Sigerist, GB): Gemeinderatslöhne: Recht an Realität anpassen

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Personalreglement der Stadt Bern vom 21.11.1991, Anhang III, Fassung vom 1.9.1994, zu ändern.

Der alte Wortlaut wird durch folgenden ersetzt:

Grundlohn

- Mitglieder
Maximum Lohnklasse 30 + 15 Prozent
- Stadtpräsident/in
Maximum Lohnklasse 30 + 25 Prozent

Gemeinderat

(Der übrige Text bleibt unverändert.)

Begründung:

Die bereits zu Recht erfolgte faktische Korrektur durch den Gemeinderat ist personalrechtlich abzusichern.

Bern, 22. März 2001

Fraktion GB, JA!, GPB (Peter Sigerist, GB), Natalie Imboden, Doris Schneider, Daniele Jenni, Michael Jordi, Catherine Weber, Annemarie Sancar

Motion Fraktion SVP/JSVP (Erich Ryter): Wintergärten oder lediglich Glasverschalungen am Bärenplatz?

Die Überbauungsvorschriften für den Bereich der Restaurant-Wintergärten am Bärenplatz sehen unter Punkt 3.1 folgendes vor:

Die Wintergärten dienen dem witterungsgeschützten Gastgewerbebetrieb. Sie dürfen weder zweckentfremdet noch beheizt werden.

Dies hat in letzter Zeit zu heftigen Diskussionen geführt, ob die mobilen Heizkörper, welche von den Betreibern der Restaurants eingesetzt werden, aufgrund der Überbauungsordnung gestattet sind oder nicht. Nachdem jeder „Märitstand“ bei kalter Witterung analoge Heizungen einsetzt, wäre es schwer verständlich, dass für die Wirte andere Massstäbe gelten sollten. Zudem sind die Experten der Auffassung, dass die besagten mobilen Heizkörper nicht bewilligungspflichtig sind. Im weiteren kann es nur im Interesse der Stadt Bern sein, wenn der Umsatz in den Restaurationsbetrieben am Bärenplatz gesteigert werden kann, denn dies führt bekanntlich zu mehr Steuereinnahmen, welche dringend benötigt werden.

Um die Rechtsunsicherheit aus der Welt bzw. aus dem Bärenplatz zu schaffen, beauftragen wir den Gemeinderat dem Stadtrat eine Vorlage vorzulegen, welche eine Änderung der Überbauungsordnung beinhaltet und Klarheit bezüglich dem Einsatz von mobilen Heizungen schafft.

Bern, 22. März 2001

Fraktion SVP/JSVP (Erich Ryter), Rudolph Schweizer, Margrit Thomet, Beat Schori, Thomas Weil, Rolf Häberli, Thomas Fuchs, Peter Linder, Hans Ulrich Gränicher, Rudolf Friedli

Interpellation Rudolf Friedli (JSVP): Warum verschleudert die Stadt Bern Geld für teure Luxusinserate?

In der Zeitung stiess ich auf ein Inserat der Stadt Bern. Der Text in diesem Inserat erweist sich aber als offensichtliche Nebensache, denn der linke Rand ist genau 3,5 Zentimeter breit, so dass die Textbreite noch gerade 7 Zentimeter beträgt. Die Stadt Bern leistet sich somit den Luxus, einen ganzen Drittel der teuer bezahlten Inseratefläche einfach leer zu lassen. Die Stadt bezahlt somit sicher einen Drittel zu viel für die Inserate bzw. einen Drittel für leeren Raum. Diesen Luxus könnte sich ein Unternehmen leisten, das fette Gewinne ausweist, aber nicht die Stadt mit ihren grossen Defiziten. Ein Vergleich der Stelleninserate zeigt, dass die Privatunternehmen sehr haushälterisch umgehen mit dem teuer gekauften Platz. Im Gegensatz zur Stadt Bern wissen die Privatunternehmen, dass bei einem Stelleninserat interessiert, um was für eine Stelle es sich handelt. Dementsprechend ist viel Text notwendig. Die öffentliche Hand ist kein Tummelfeld für übermütige Grafiker oder solche, die in der Privatwirtschaft keine Auftraggeber finden. Wer eine Stelle sucht, studiert jedes der Inserate sehr genau. Es ist daher gar nicht nötig, einen sogenannten grafischen Blickfang zu gestalten, der bei Inseraten der Stadt in teurem, textlosen Raum besteht.

Ich bitte den Gemeinderat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Steht bei einem Stelleninserat die angebotene Stelle oder leerer Raum im Vordergrund?
2. Gibt es Vorschriften, wie gross ein Inserat sein darf? Wer bestimmt die Grösse?
3. Zog die Stadt ein Grafikunternehmen bei? Falls Ja, welches?
4. Wie viel hätte das Inserat weniger gekostet, wenn die Stadt bei gleich viel textlicher Information den Luxusrand von einem Drittel der Inseratefläche weggelassen und sich auf einen üblich breiten Rand beschränkt hätte? Wäre es eventuell sogar über einen Drittel billiger?
5. Wann genau beendet die Stadt Bern diese kostspielige Inserategestaltung?

Bern, 22. März 2001

Rudolf Friedli (JSVP), Rudolph Schweizer, Margrit Thomet, Beat Schori, Erich Ryter, Thomas Weil, Rolf Häberli, Thomas Fuchs, Peter Linder, Hans Ulrich Gränicher

Interpellation Hans-Ulrich Suter (FDP): Heimspiele des BSC Young Boys auf dem Neufeld

Der Berner Tagespresse konnte entnommen werden, dass sich der BSC YB ernsthaft damit auseinandersetzt, die Heimspiele während der Dauer des Stadionneubaus auf dem Wankdorf nicht im Neufeld, sondern allenfalls in Basel oder Aarau auszutragen. Der Grund für diese unpopulären Überlegungen sind die vom Fussballverband geforderten baulichen Anpassungen und die hohe Stadionmiete.

Neben dem FC Bern und der Gymnastischen Gesellschaft Bern ist auch die Stadt Bern Mitglied der Stadiongenossenschaft Neufeld. Ich bitte deshalb den Gemeinderat um Auskunft, ob und wenn Ja, in welcher Form die Stadt YB entgegenkommen kann.

Für die fussballbegeisterten Stadtbernerinnen und Stadtberner wäre es schlicht unverständlich, wenn die sich sowohl sportlich als auch finanziell auf dem Wege der Besserung befindlichen YB während des Wankdorfneubaus ausserhalb der Stadt Bern spielen müssten.

Bern, 22. März 2001

Hans-Ulrich Suter (FDP), Max Suter, Christoph Müller, Urs Jaberg, Ueli Haudenschild, Mario Marti, Kurt W. Weyermann, Thomas Balmer, Philippe Müller, Stephan Hügli, Heinz Rub, Christine Bosshardt, Adrian Haas, Katharina Suter, Markus Blatter

Schluss der Sitzung: 22.40 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die Protokollführerin: *Tina Maurer*